

Politische Rundschau.

Die Wirren in Rußland.

* Mit Bezug auf die Wahlen zur russischen Reichsduma war durch den kaiserlichen Ukas vom 24. Dezember v. eine Frist von 3 Wochen zur Eintragung aller wahlberechtigten Personen gegeben worden. Da diese Frist sich nicht als genügend erwiesen hat, hat nach einer Meldung aus Petersburg der Zar befohlen, sie bis zum 14. Februar zu verlängern.

* Zur Lage in Sibirien wird aus Irkutsk gemeldet: Die Station Jima war von Revolutionären besetzt worden. Eine dorthin entsandte Truppenabteilung nahm die Hauptstädtchen fest, ausgenommen die eigentlichen Führer der Revolutionäre, denen es gelungen war, zu entfliehen, und stellte die Ordnung wieder her.

Deutschland.

* Am 27. d. waren zahlreiche deutsche Fürsten in Berlin versammelt, um dem Kaiser zu seinem 47. Geburtstag ihre Glückwünsche darzubringen. Im Gegensatz zu dem vorigen Jahre, an dem der Geburtstag mit Rücksicht auf die Erkrankung des Prinzen Fritze Friedrich in der Stille begangen wurde, ging diesmal die Feier in einem glänzenden, äußeren Rahmen vor sich.

* Zur Feier der silbernen Hochzeit des Kaiserpaars werden auf Wunsch des Kaisers je eine Serie von silbernen Kränzen und Zweimarkstücken mit dem Doppelbildnis des Kaiserpaars und den Jahreszahlen 1881 und 1906 geprägt.

* Der Reichskanzler erklärte auf eine Interpellation im preußischen Herrenhause, daß die Regierung die sozialdemokratische Gefahr beständig im Auge behalte, sie werde keinerlei Ausbesserungen dulden, halte aber jetzt noch nicht eine Erweiterung ihrer Befugnisse für notwendig. Die bürgerlichen Parteien müßten ihre Streitigkeiten begraben und der gemeinsamen Gefahr begegnen.

* Ein interessanter Besuch steht den deutschen Marineexperten bevor. Der Staatssekretär des Reichs-Marineamts hat dem französischen Marine-Attache de Sugny und dem französischen Schiffbau-Ingenieur Fortant erlaubt, die kaiserlichen Schiffswerke zu besichtigen. Die beiden französischen Herren werden am 29. d. in Stettin eintreffen.

* Aus guter Quelle geht der „Tagl. Rundsch.“ die Nachricht zu, daß in der Diätenfrage eine glatte Wendung eingetreten ist. Die Gewährung der Reichstagsdiäten steht in näher Aussicht. Damit geschieht ein wichtiger Schritt zur Herstellung eines vertrauensvolleren Verhältnisses zwischen Regierung und Reichstag, das gerade in dieser Frage unter dem Anschein gelitten hat, als ob man sich den beinahe einstimmig geäußerten Wünschen der bürgerlichen Parteien an den maßgebenden Stellen dauernd verschließen würde.

* Die Folgen der „Panther“-Affäre machen sich leider für die deutsche Industrie fühlbar. Die brasilianische Regierung ist im Begriff, den neuen Flottenbauplan durchzuführen und zunächst Neubauten im Betrage von 100 Millionen zu vergeben. Deutsche Werften hatten berechnete Hoffnungen, an diesen Neubauten mit einem erheblichen Auftrage beteiligt zu werden. Leider sind aber nach dem Zwischenfall des „Panther“ die deutschen Bewerber von den Auserwählten ausgeschlossen, so daß englische Werften an ihre Stelle traten.

* Der deutschen Niederlassung in Tientsin ist bekanntlich durch Kommunalverbandes vertrieben worden. Der Reichskanzler beabsichtigt jetzt diesen Beschluß des Bundesrats, sowie die Gemeindeordnung mit dem Bewerten, daß der Verband den Namen „Deutsche Niederlassungsgemeinde in Tientsin“ zu führen hat.

Österreich-Ungarn.

* Nach viermonatiger Pause ist die Krone

Die Bauern-Brunhilde.

15] Erzählung aus d. bairischen Bergen v. M. R. e. l. (Fortsetzung.)

„Ja so ist?“ war Bronis' erste Frage an die Genbarmen.

„Nein,“ lautete die Antwort, „aber er wird's nicht lange mehr machen. Wir müssen den Kranken in das nächste Haus bringen, einen langen Transport hält er nicht aus.“

„Das war der Gunthererhof?“ war einer der Burschen ein, „der liegt gleich dort unten, keine Hundert Schritte.“

Der Bärentwirlin gab es einen Stich bei Nennung dieses Namens. Sie wollte gegen die Verbindung des Verletzten in den Gunthererhof Einspruch erheben, aber wie konnte sie jetzt in dieser Situation den Leuten da erklären, warum Gottfried nicht zu seinem Onkel geschafft werden sollte.

„Greißel's zu,“ sagte jetzt der eine Genbarm und half den leblosen Körper des jungen Mannes auf die Tragbahre legen, „recht vorfristig, tu's n' mal, du bist ja ein wenig schäfteln.“

Dann setzte sich der Zug langsam in Bewegung. Die Väterchen waren auf den steinigsten Feldweg zitternde gelbe Reflexe, während der Mond das totebleiche Antlitz Gottfrieds noch gespenstischer erscheinen ließ.

Broni schritt neben der Tragbahre, tränenlos, sie konnte nicht weinen, aber in ihrem Inneren wühlte der Schmerz um, so erregt. Sollte der Traum ihres Glückes so schnell entschwinden, alle ihre Hoffnungen auf die Zukunft mit diesem jungen Leben für ewig begraben werden? —

wieder in direkte Beziehungen zur vereinigte ungarischen Opposition getreten. Graf Androssy war am Freitag beim Kaiser in Wien zur Audienz. Unter anderem soll der Monarch die Bedingung gestellt haben, daß die Opposition, die seit dem Herbst ihre militärischen Forderungen beständig eingeklärt hat, sich verpflichten muß, die Reformaushebung zu sichern und den Widerstand der widerständigen Komitee zu brechen. Trotz alledem glaubt man in Wien, daß der Frieden mit Ungarn noch weit entfernt sei.

Frankreich.

* Frankreich handelt im Einverständnis mit allen in Venezuela interessierten Mächten; es dürfte gegenwärtig nur kleinere Häfen blockieren, jedoch nicht La Guayra und Puerto Cabello.

* Die französischen Parlamentswahlen dürften am 8. bezw. 15. April stattfinden. Es obwarte kein Zweifel darüber, daß das Kabinett Rouvier bis zu diesem Zeitpunkt an der Spitze der Geschäfte bleiben würde. Die Gerüchte, daß partielle Änderungen — man nennt die Ministerien des Krieges, des Innern und der Kolonien — bevorstehen, verdienen keinen Glauben. Insbesondere werde die Eventualität eines Wechselns im Kriegsbüro besprochen.

England.

* Nach den bisherigen Wahlergebnissen haben die Liberalen eine Mehrheit von 80 Stimmen über alle andern Parteien zusammengenommen.

Italien.

* Die italienische Regierung beschloß, Disziplinieren die Übernahme von Stellen im Dienste des Kongostaates nicht mehr zu gestatten.

Spanien.

* Die Marokko-Konferenz hat am Donnerstag um 3 Uhr eine Kommissionsitzung abgehalten, um ihre Anfahrten über die Steuererträge auszuwählen. Seit der letzten Sitzung hat ein Spezialkomitee einen Fragebogen in 23 Artikeln ausgearbeitet, der als Unterlage für die Diskussion dienen wird. Die Konferenz wird dem Sultan keine direkten Vorschläge machen, da ihr die fremdenfeindliche Haltung der Bevölkerung Marokkos bekannt ist.

Balkanstaaten.

* Das italienische Truppenkontingent auf Kreta hat das Dorf besetzt, in dem kürzlich während der Wahlbewegung ein italienischer Soldat getötet worden ist. Die Bevölkerung des Dorfes hat die italienische Fahne in ehrerbietigster Weise begrüßt. Die italienischen Truppen nahmen mehrere Befestigungen vor.

* Auf Kreta wurden 48 regierungsfremdliche und 25 der Regierung gegenwärtige Ortsvorsteher gewählt.

Japan.

* Den japanischen Siegesboten folgt jetzt der hintere Steuerbote nach. Der Finanzminister machte im Abgeordnetenhaus den Vorschlag, die Kriegssteuern im Betrage von 100 Millionen Yen (Dollar) in dauernde Steuern umzuwandeln, und einen Schuldenstilgungsfonds zu schaffen, zu dessen Dienst außer den bisher zu diesem Zweck angewiesenen 36 Millionen jährlich noch 110 Millionen bereit zu stellen wären. Beide Maßnahmen begegnen im Hause starkem Widerspruch. Der Ministerpräsident hat die beiden Häuser gegenüber auf die dringende Notwendigkeit hingewiesen, die Kräfte aller Parteien daranzusetzen, um den Schwierigkeiten der Lage, die der Krieg und die damit verbundenen großen Ausgaben haben, zu begegnen.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag erledigte am Donnerstag in dritter Lesung zwei kleinere Volksgesetze und setzte dann die erste Lesung der Novelle zur Wahl- und Gerichtsordnung fort. Während dieser Gesetzesentwurf in seinen sonstigen Bestimmungen nur wenig Änderungen begegnete, wurde die vorgeschlagene Ver-

staatlichung des Schwefels mehrfach bekämpft. Aus den Ausführungen des Staatssekretärs Graf Posadowski ging hervor, daß die Vorlage eventuell scheitern wird, falls der Reichstag die Entscheidung für Kommunen bezieht. Der Gesetzesentwurf ging an eine Kommission. Dann wurde der Entwurf über das Urheberrecht an Werken der bildenden Kunst und der Photographie in erster Lesung im allgemeinen zustimmend besprochen und ebenfalls an eine Kommission verwiesen.

Am 26. d. schloß zur ersten Beratung die Novelle zur Gewerbeordnung (sogenannter „kleiner“ Befähigungsnachweis für das Baugewerbe).

Abg. Rallewicz (konj.): Meine Partei hält mit wenigen Ausnahmen an dem allgemeinen Befähigungsnachweis fest. Die jetzige Vorlage befriedigt nicht einmal völlig die Forderung nach Einführung des Befähigungsnachweises im Baugewerbe. Kann als keine Abschloßzahlung können wir diese Novelle ablehnen, deren Herabsetzung an eine Abteilige Kommission ich hiermit beantrage.

Abg. Frohne (soj.): Wir können den Gesetzesentwurf nicht ab, denn wir sehen darin den ersten Schritt zu einem extremen Antikerium, von dem die organisierten Arbeiter nichts wissen wollen. Die Arbeiter wollen einen guten Arbeitsschutz und mit dem hat die Vorlage nichts zu tun. Wir sind weder für einen direkten, noch für einen indirekten Befähigungsnachweis zu haben. Aber wir sind für eine Kommissionsberatung, um dort einmal gründlich alle im Baugewerbe herrschenden Mißstände zu untersuchen und zu erörtern.

Abg. Euler (Z.): Die Sozialdemokratie ist für die Gewerbeordnung, denn auf dem Boden der Anordnung besteht im besten der Welt. Wir aber wollen Ordnung im Handwerk! Früher war das Handwerk in der Forderung des Befähigungsnachweises völlig einig; erst nach Errichtung der Handwerkerkammern sind Elemente in die Handwerkerbewegung gekommen, die diese Forderung als ausföhrlos ansehen. Dazu kommt die Beeinträchtigung, die der Regierungskommissar v. Seefeld auf dem Wiener Gewerbeausstellungstag ausgesprochen hat. — Aber die Regierung dieser Vorlage bringt in Handwerkerkreisen fähernde Entschädigung.

Staatssekretär Graf Posadowski bekräftigt auf Grund des stenographischen Protokolls, seiner Rede bei der vorjährigen Staatsberatung je Verbesserungen oder auch nur Änderungen in der Richtung gemacht zu haben, daß die Regierung den Befähigungsnachweis einführen wolle. Das Baugewerbe ist viel zu vielfältig und kompliziert, als daß der Befähigungsnachweis überhaupt durchgeführt werden könnte. Das Gesetz geht noch weiter als der Befähigungsnachweis, denn es entzieht auch denjenigen, die den formellen Befähigungsnachweis erbracht haben, das Recht zum Baubetriebe, wenn sie fährlich und leichtsinnig gehandelt haben.

Abg. Schmidt-Wanzleben (nat.-lib.) erklärt sich von der Vorlage nicht völlig befriedigt. Der Befähigungsnachweis ist schwer durchführbar und bietet keinen absoluten Schutz gegen unsolche Bauunternehmer; doch hält ein großer Teil meiner Freunde einen beschränkten Befähigungsnachweis für wünschenswert.

Abg. Raab (Antik.): Die Minister fahren fort, den Mittelstand zu ruinieren und ihren Königen das Schloß zu hinterlassen.

Staatssekretär Graf Posadowski: Der Mittelstand darf wirklich nicht mit dem Befähigungsnachweis identifiziert werden, er setzt sich aus den verschiedensten Elementen zusammen. Meines Erachtens läßt es die Vorlage an scharfen Bestimmungen gegen unzuverlässige, immoralische und unwürdige Elemente nicht fehlen.

Abg. Hoffmeister (Frei. Vag.): Mit dieser Vorlage sind wieder die Freunde noch die Gegner des Befähigungsnachweises einverstanden. Die bisherigen Befugnisse der Baupolizei genügen vollkommen. Der Befähigungsnachweis ist mit der Gewerbeordnung unvereinbar und dazu völlig zwecklos.

Abg. Gamp (Frei.) bedauert, daß sich Graf Posadowski so scharf gegen den Befähigungsnachweis ausgesprochen habe. Die Vorlage gibt der Polizei erst dann Vollmacht zum Einschreiten, wenn sich die Unzuverlässigkeit des Bauunternehmers schon erwiesen hat, das heißt mit allen Vorzügen, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist. Die Regierung sollte das Wort beherzigen: Was du tust, tue ganz!

Abg. Erbacher (Zent.): Dieser Entwurf tut nichts weiter, als das Baugewerbe unter Polizeiaufsicht zu stellen und das Geschick zahlreicher Erbsen in die Hand unserer Verwaltungsbürokraten zu legen. Die große Mehrheit des Reichstages ist für Einführung des Befähigungsnachweises im Baugewerbe. Ihn einzuführen, wird Sache der Kommission sein.

Damit schließt die Debatte. Die Vorlage geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern. Die Vorlage tritt die Grenzberichtigung einiger

Reichstagswahlkreise wird in erster Lesung debattiert angenommen.

Es folgt die erste Lesung der Vorlage über den Unternehmungslohn. Nach der Novelle soll künftig statt zweijähriger einjähriger ununterbrochener Abwesenheit zum Verlust des ursprünglichen Lohnsatzes führen. Die Altersgrenze wird auf 16 Jahre herabgesetzt.

Abg. Trimborn (Zent.) ist mit der Vorlage im allgemeinen einverstanden und beantragt ihre Überweisung an eine diesbezügliche Kommission.

Abg. Pommers (Fr. Vag.) wendet im Interesse des Armenwesens möglichst gründliche Beratung der Vorlage und beantragt Einsetzung einer 21-gliedrigen Kommission. Vor allem wird zu prüfen sein, ob nicht durch die Vorlage die Städte zu Gunsten des Landes zu sehr belastet werden. Im Grunde handelt es sich hier wieder um eine rein agrarische Vorlage. Der einzig richtige Vorschlag ist, die Kosten auf größere Verbände zu verteilen.

Staatssekretär Graf Posadowski: Die Vorlage ist allerdings dazu bestimmt, das platte Land zu entlasten, aber dieser Zweck ist doch auch nach Ansicht der verschiedenen Regierungen eine unbedingte Notwendigkeit. Aber die Verbände des platte Landes kennt, weiß, wie das platte Land unter dem fortschreitenden Abwärtens seiner höchsten Elemente leidet. Es ist nicht nur der Großgrundbesitzer, der darüber klagt, sondern ich möchte fast sagen, noch viel mehr der bäuerliche Besitz. Für das platte Land aber sind die Arbeitskräfte, die nach den Städten abziehen, ebenso ein Verlust wie die Auswanderung über See, denn der Mann kommt niemals zurück. Dazu kommt, daß die Leute, die beim Militär in größeren Städten dienen, dort auch dauernd bleiben. Auf der andern Seite aber haben die Gemeinden und Gutbezirke die Verpflichtung, für die Arbeiter, die nach den Städten abziehen, noch zwei Jahre und eben darüber hinaus die gesamten Kosten der Armenpflege zu tragen. Die Abwanderung aus den kleinen Städten nimmt ganz unerschwingliche zu, die Bewohner können weg, weil die Steuerlast in diesen kleinen Städten zu groß ist.

Abg. Bärwinkel (nat.-lib.): Die Ausführungen des Staatssekretärs treffen nicht nur für den Osten, sondern auch für große Teile Thüringens zu. Ob wirklich dieses Gesetz der Handhabe wird entgegenwirken können, kann fraglich bezweifelt werden. Die Verkürzung der Dauer des Unternehmungswohnsatzes kann nämlich die kleinen Städte ebenso sehr belasten wie entlasten. Die Verpflichtung zur Unterhaltung aller Hilfsbedürftigen stellt geradezu eine Verhängnis gegen die Arbeitslosigkeit dar. Darüber wird die Kommission noch eingehend beraten müssen.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Montag vertagt.

Von Nah und fern.

Anonyme Briefe bei Hofe. Die Affäre Ruge unseligen Andenkens ist längst begraben, aber es scheint, als ob neuerdings wieder eine anonyme Briefaffäre, die in Hofkreisen spielt, ausgetrüt werden soll. Das Landgericht Potsdam beschäftigt sich jedenfalls, wie das „V. L.“ hört, mit einem Ermittlungsverfahren, um den Urheber anonymen Briefe zu entdecken, die beim Oberhofmarschall des Kaisers eingelaufen sind und in denen von Personen des kaiserlichen Hofstaates und auch von Angehörigen der nächsten Umgebung des Monarchen die Rede ist. Diese anonymen Briefe sind zumest mit Bleistift geschrieben. Vergeblich hat das Hofmarschallamt den Versuch gemacht, den Verfasser dieser Briefe zu ermitteln. Jetzt glaubt man endlich den Urheber der Schriftstücke in der Person eines seit langen Jahren im Solbient lebenden, in Potsdam wohnenden Schlossbauern entdeckt zu haben, gegen den auch ein Strafverfahren wegen Verleumdung eingeleitet worden ist.

Mit der Wänschelrute wird, wie man dem „V. L.“ aus Apenrade berichtet, Landrat v. Ullar nach Südwest-Afrika geschickt. Der Landrat hat bekanntlich vor einiger Zeit viel von sich reden gemacht, da er unter Aufsichtnahme der Wänschelrute unterirdische Quellen fand. Er hat jetzt von der Regierung den Auftrag erhalten, in Südwest-Afrika nach Wasserquellen zu suchen.

Reuterei. Der Biermeister „Mozart“ traf im Hamburger Hafen mit der Polizeiflotte ein. Unterwegs hatte eine Reuterei stattgefunden, zwei in Eisen gelegte Radelführer wurden von der Polizei abgenommen.

— Von Zeit zu Zeit warf sie einen ängstlichen Blick auf den Verletzten, dessen Gesicht den eigenartigen Zug Sterbender angenommen hatte.

Die Genbarmen suchten währenddessen Näheres zu erfahren, wer der Täter sein könnte. Man erzählte ihnen, was kurz vor dem verhängnisvollen Sturz sich im „Grauen Bären“ zwischen Gottfried und dem Venzer Sepp zugetragen hatte.

„Der Venzer Sepp also,“ sagte Berglechner, „der Lump, dem sieht's so was schon gleich.“

Broni aber hatte das unbestimmte Gefühl, als ob ein anderer ihr seine Hand im Spiel gehabt hätte, der mehr Interesse daran hatte, Gottfried aus dem Wege zu räumen, wie der Sepp. Sie erwähnte aber nichts.

Nach einer kleinen Viertelstunde stand man vor dem Gunthererhof, der bereits im Finstern lag. Die Genbarmen pochten laut an der Tür. Aber es dauerte geraume Zeit, bis sich in einem der Fenster Licht zeigte und bald darauf die Tür geöffnet wurde. Guntherer erschien mit einem Kerzenleuchter in der Hand auf der Schwelle.

„Guntherer, wir bringen dir an Sterbenden,“ sagte Berglechner, „es ist der Friedl, den einer erschossen hat.“

Der Bauer konnte einen gewissen Schrecken beim Anblick des jungen Mannes, der wie eine Leiche auf der Tragbahre lag, nicht verbergen.

„Was wollt's bei mir?“ rief er rauh hervor, „i hab' n'ig mit eam z' schaffen, tragt's n' um i in „Grauen Bären“.“

„Nach keine Sachen, Guntherer, es ist kein Zeit z' verlieren,“ erwiderte Notlinger, „mir Idana den Schwerverletzten net so lang herumtragen.“

Guntherer, der am ganzen Körper zitterte, wollte wieder etwas einwenden, als Broni vor ihn hintrat.

„Bauer, i moan', du hättest am meissen Utsch, z' wünschen, daß der Friedl net stirbt, — du ganz h'onbers!“ Dabei sah ihm die Bärentwirlin mit so durchdringendem Blick an, daß er unwillkürlich zur Seite schauen mußte.

„Thua! 'n 'nauf in's obere Rimma,“ sagte er mit heiserer Stimme, „i will net, daß's hocht, da Guntherer hat an Sterbenden a Regakant verweigert.“

„Du hast mit guat vorkunden, Guntherer,“ antwortete Broni, „es war guat für di'; kommt's!“

Damit schritt sie voran. Die übrigen folgten ihr.

In wenigen Augenblicken lag Gottfried im Bett, dann entfernten sich alle, mit Ausnahme Bronis, die bei dem Kranken wachte, bis der Doktor kam.

Nach in derselben Nacht wurde der Venzer Sepp verhaftet.

wobei ihn die Bärentwirlin in geradezu heroischer Weise unterstützte. Sie brachte Wasser und Tücher, sie reinigte die Instrumente und tat alle die kleinen Handgriffe mit solcher Geschicklichkeit, daß ihr der Doktor seine vollste Anerkennung aussprach.

„Ohne deine Hilfe, Bärentwirlin,“ sagte er, „hätte ich ihn nicht so weit gebracht. Aber außer Gefahr ist er noch immer nicht. Vor allem die größte Ruhe, keine Aufregung, das ist die erste Bedingung, wenn wir ihn durchbringen wollen.“

Broni wußte keine Minute von seinem Bett, sie wachte aber jeden Atemzug, den er machte, und brachte dem Fiebernden Änderung, soweit es in ihrer Macht kam.

Guntherer ließ sich nicht leiden. Er vernahm jedes Zusammenstößen mit Broni, obwohl es ihn manchmal mit Allgewalt drängte, hinauszuweisen und dem Weibe, das ihn verschmähte und von sich ließ, sein Herz auszuschütten und ihr alles das zu sagen, was seine Bedrängnis ausmachte.

Der Kranke war noch nicht außer Gefahr. So waren Wochen hingegangen, lange bangte Wochen.

Die letzten Strahlen der untergehenden Sonne malten an die Wand des kleinen Zimmers, an der das Bett stand, purpurne Flecke.

Broni saß auf einem Stuhl neben dem Bett und hielt die heiße Hand Gottfrieds in der ihren, wie so oft in den letzten Tagen, wo er noch im Delirium lag. Die unbestimmten, unzusammenhängenden Worte, die er da im Fieber sprach, beschäftigten sich stets nur mit